



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

77. Sitzung (öffentlich)

10. Juni 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8884

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer abschließender Beratung stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN zu.

2 Stand der Umsetzung des Konjunkturpakets II in Nordrhein-Westfalen 10

Vorlage 14/2642

– Bericht des Innenministeriums

– Diskussion

10

3 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 12Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8835

Ausschussprotokoll 14/881

– Abschlussberatung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach eingehender Beratung wird zunächst der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP – siehe Drucksache 14/9401 – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GRÜNEN angenommen.

Der so geänderte Gesetzentwurf wird anschließend mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen und dem Plenum zur Annahme empfohlen.

4 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden 24

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8883

Ausschussprotokoll 14/879
Stellungnahmen 14/2593 und 14/2594

- Abschlussberatung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt nach Darstellung der Positionen der Fraktionen zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN die Stimmen der SPD ab.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP wird sodann mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Mit den zuvor beschlossenen Änderungen wird schließlich der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8554

Stellungnahme 14/2522
Zuschrift 14/1754

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung ohne weitere Aussprache einstimmig an.

Darüber hinaus betrachtet es der Ausschuss bezüglich einer an ihn weitergeleiteten Petition durch den Petitionsausschuss – Vorlage 14/2638 – als nicht erforderlich, gesetzgeberische oder sonstige Maßnahmen einzuleiten. Eine entsprechende Information ergeht an den Petitionsausschuss.

6 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen überarbeiten – wirksamen Schutz vor Passivrauchen im öffentlichen Raum umsetzen! **30**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8707

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8806

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt der Ausschuss ohne weitere inhaltliche Aussprache überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu verzichten.

7 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen **31**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8084

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit dem Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

8 Demokratie jetzt – bürgerfreundliche Bürgerentscheide durch Abschaffung eines Abstimmungsquorums **32**

Antrag
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/8624

Der Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen abgelehnt.

9 Die Landesregierung muss handeln, damit den Kommunen in NRW nicht eine bittere Zeit bevorsteht – Die Konjunktur darf nicht durch eine prozyklische Politik zusätzlich abgewürgt werden **33**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9063

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt nach kurzer Aussprache zu diesem Thema eine Anhörung, die kurz nach der Sommerpause stattfinden soll.

Nach Abhandlung der Tagesordnung **36**

Der Ausschuss kommt überein, ein Gespräch mit den Landschaftsverbänden in der Sitzung am 19. August zu führen.

Nächste Sitzungen: 19. August 2009 und 9. September 2009 **36**

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

nimmt **Vorsitzender Edgar Moron** eine schriftliche Erklärung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, LAGA, zum Gesetzentwurf der Koalition zur Förderung der politischen Partizipation (*siehe TOP*) durch deren Vorsitzenden Tayfun Keltok und weiterer Vorstandsmitglieder entgegen. Dem an den Ausschuss herangetragenen Wunsch, mündlich vorzutragen, liege außerhalb der Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtags und könne nur bei Einstimmigkeit nachgekommen werden. – Hiergegen äußert die CDU-Fraktion Bedenken (*siehe TOP 4*).

